

# „Bürger erwarten, dass Recht und Gesetz gelten“

Es ist Sommerpause, aber die Politik geht weiter. Wir sprachen mit dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Thüringer CDU, Mike Mohring, über den Unionsstreit, die Asylpolitik und die Landtagswahl im nächsten Jahr.

*Herr Mohring, Parteien zerlegen sich selbst, sinken in Umfragen ins Bodenlose; Populisten erhalten Zulauf, einzelne Politiker bestimmen das Bild. Das Parteiensystem scheint ins Wanken geraten zu sein. Wie gefährlich ist das für Ihre Partei, die CDU?*

Das ist eine riesige Herausforderung. Im Osten erleben wir, dass die Wähler in Umfragen angeben, sie wählen zu 20 Prozent links, zu 20 Prozent AfD. Dann bleiben noch 60 Prozent übrig für die Parteien, die in der breiten bürgerlichen Mitte verankert sind. Für diese vier Parteien wird es schwieriger, im Parlament eine Mehrheit für eine Regierung zusammenzubekommen. Deshalb war der Streit, den die Union an den Tag gelegt hat, völlig überflüssig, wenigstens in dieser Form. Und deshalb habe ich mich auch bundesweit so oft zu Wort gemeldet, weil ich in Sorge war, dass da was kaputt geht.

*Ist das Thema wirklich vom Tisch?*

Ja. *Wenn kurz nach dem mühsam erreichten Kompromiss ein Papier aus München vorgelegt wird, das den alten Stand enthält, dann lässt sich das interpretieren als: Schau her, ich habe noch nicht genug...*

Ich finde, die CSU hat eine ganze Menge erreicht, das umzusetzen sich lohnt. Wir haben den Masterplan, wir haben die Koalitionseinigung und wir haben die EU-Gipfelbeschlüsse. Damit liegen die Pläne auf dem Tisch. Sie müssen jetzt so abgearbeitet werden, dass die Bürger sagen: Es war notwendig, das Thema zu problematisieren. Die Bürger erwarten eine handlungsfähige Regierung, die eben nicht nur einig ist, was sie tun will, sondern das auch umsetzt.

*Horst Seehofer baut ja schon wieder vor, wenn die Innenminister nicht zurande kommen, könnte der ganze Streit von vorn beginnen.*

Das hoffe ich nicht, weil der Innenminister in der Verantwortung des Bundes genug tun kann, zum Beispiel Ankerzentren einrichten in Bayern und Sachsen. In Thüringen haben wir die Landesregierung aufgefordert, ein Ankerzentrum einzurichten. Der Bund ist bereit, die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu übernehmen. Das ist bisher im Wesentlichen Sache der Länder, und die stoßen dabei oft an ihre Grenzen. Ich kann Ministerpräsident Ramelow nur auffordern, an dieser Stelle die ausgestreckte Hand vom Bundesinnenminister anzunehmen.

*Was kann ein Ankerzentrum in Thüringen leisten?*

Der Vorteil von einem Ankerzentrum ist, dass dort Wohnsitzpflicht besteht. Für die Leute, die ankommen, finden ihre Verfahren, Altersfeststellung und Identitätsfeststellung, Prüfung des Asylverfahrens und dann die Entscheidung über das Bleiberecht oder die Rückreise an Ort und Stelle statt. Und es würde die Kommunen entlasten, weil dann dieser diffuse Zwischenstand entfiel, dass Leute, deren Perspektive nicht geklärt ist, auf die Kommunen verteilt werden, auch wenn sie gewaltbereit und offensichtlich integrationsunwillig sind. Das erlebe ich zu Hause ganz unmittelbar. Eine Menge der gewaltbereiten Flüchtlinge, die vorher in Suhl waren, hat der Thüringer Integrationsminister nach Apolda geschickt. Und er hat es nicht fertiggebracht, sich um die Leute so zu kümmern, wie es der Rechtsstaat erfordert. Seitdem hatten wir nahezu täglich einen Polizeieinsatz.

*Wo wäre solch ein Ankerzentrum – anstelle der Erstaufnahmeein-*

*richtung in Suhl?*

Man muss schauen, wo es am besten hinpasst, da das Land nicht nur eine geeignete Immobilie hat. Und man muss prüfen, auf eine funktionierende Einrichtung wie die in Suhl aufzubauen. Am Ende geht es darum, alles vorzuhalten, was für eine schnelle und vor allem abschließende Entscheidung nötig ist, die Entscheidung über Klagen gegen abgelehnte Asylanträge eingeschlossen. Damit wird auch verhindert, dass Migranten abtauchen, die wieder ausreisen müssen.

*Also überspitzt gesagt: Wegsperrten in einem Lager?*

Solche Begriffe erzeugen Bilder, die an der Sache komplett vorbeigehen. Was ist die Erwartung der Bürger? Die ist, dass Regeln und Gesetze für jeden gleichermaßen gelten. Und dazu gehört, dass der Flüchtlingsschutz auf die beschränkt wird, die tatsächlich politisch verfolgt werden oder vor Krieg geflohen sind. Die Bürger spüren, dass das offensichtlich nicht überall jeden Tag gelingt. Damit sich das ändert, hat der EU-Gipfel weitreichende Beschlüsse gefasst. Zum EU-Außengrenzschutz, zu Anlandezentren, die wir in bestem Falle in Afrika einrichten wollen. Zugleich will die Bundesregierung das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz endlich noch dieses Jahr vorlegen, damit die Zahl derer abnimmt, die sich als Asylbewerber ausgeben, obwohl sie in Deutschland arbeiten wollen. Wir brauchen aber jene Fachkräfte, die unserer Volkswirtschaft nützen. In Thüringen legt die CDU-Fraktion ein Landesintegrationsgesetz vor. Wer bleibt, soll Deutsch lernen, Arbeit finden und die Regeln verinnerlichen, nach denen dieses Land funktioniert. Das erwarten wir und fördern es auch entsprechend.

*In der Diskussion um die Transitzentren, die nun nicht mehr so heißen, haben wir gelernt, dass die Menschen im Rechtsstaat nicht länger als 48 Stunden in Ge-*

## Im Interview:

### Mike Mohring (CDU)

Partei- und Fraktionsvorsitzender

*wahrsam bleiben dürfen. Wie passt das mit der Idee der Ankerzentren zusammen?*

In den Transitverfahren geht es darum, lediglich die Einreise zu klären. Ansonsten kommt man nicht durch die Einreisekontrolle. Das finde ich angemessen und das lässt sich in zwei Tagen erledigen. In die Ankerzentren kommen zudem jene, die bei der Schleierfahndung aufgegriffen werden. Sie wird gerade ausgebaut, wovon ich sehr überzeugt bin. An der österreichisch-bayerischen Grenze ist der große Erfolg derzeit nicht allein, illegale Einreisen zu entdecken, sondern es werden jetzt ganz viele Straftäter aufgegriffen. In zweiter Linie geht es darum, in den Ankerzentren die Antragsteller zusammenzuhalten und dort schnell die Entscheidungen zu treffen. Für die Fälle nach dem Dublin-Verfahren heißt das dann auch, eine schnellere und konsequentere Rücküberstellung zu erreichen, bisher gelingt das nur für 15 Prozent dieser Fälle.

*Sehen Sie nicht die Gefahr, dass ein Ankerzentrum dann wirklich der Hotspot für die Perspektivlosen wird?*

Ein Aspekt, der noch dazu gehört, ist das Sachleistungsprinzip vor dem Geldleistungsprinzip. Das hatten wir schon mal in Thüringen. Aber es hatten sich zuletzt nur zwei Landkreise beteiligt; das Weimarer Land und der Landkreis Greiz. Die Bürger haben sehr viel Verständnis, dass diejenigen, die Schutz suchen, auch Hilfe bekommen: Essen, ein Dach über dem Kopf, Kleidung, also das Lebensnotwendige. Es würde ganz viel Verständnis für Integration wecken, wenn die Leute nicht für sich innerlich rechnen, wie viel Rente sie haben und warum der andere, Fremde mit seiner vierköpfigen Familie so viel Geld bekommt. Aus dem Zurückgesetz-Fühlen kommen die Reaktionen im Wahlverhalten. Wenn in so einer Situation Politiker wie Bodo Ramelow sagen: Für mich ist jede Abschiebung eine menschliche Niederlage, dann ist das fatal. Ein Regie-



rungschef muss für den funktionierenden Rechtsstaat eintreten. Wenn der Regierungschef aber darüber jammert, schafft er doch kein Vertrauen in die Institution, sondern verstärkt eher die Skeptiker, die sagen, dieser Staat funktioniert nicht.

*Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat dazu aufgerufen, keine Festungen zu errichten. Er hat Europa nicht genannt, aber gemeint ...*

Man muss die Hilfe vor Ort verstärken und die finanziellen Zusagen auch einhalten. Ein Teil der Fluchtbewegung seit 2015 ist entstanden, weil die internationale Staatengemeinschaft schon einmal versagt und ihre Hilfgelder so zusammengestrichen hat, dass in den Lagern in Jordanien, im Libanon die Leute nur noch im Dreck gehaust haben und mit 11, 12 Dollar im Monat auskommen sollten. Das habe ich mir vor Ort selbst angeschaut. Da hat Angela Merkel richtigerweise eine Geldgeberkonferenz organisiert mit Milliarden-Zusagen, wovon nur ein Bruchteil bis heute finanziert ist. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung jetzt ausgerechnet den Etat des Entwicklungshilfeministers Müller kürzt. Die Steuereinnahmen sprudeln und wenn wir zu Hause die Flüchtlingsbewegung im Griff haben wollen, müssen wir vor Ort mehr investieren. Ich habe mir vorgenommen, dieses Jahr auch nach Afrika zu fliegen. In den Senegal. Ich will zeigen, dass man helfen muss, und sehen, wie man helfen kann. Es reicht nicht, nur Debatten über Ankerzentren zu führen.

*Das Modell CSU für den Wahlkampf in Thüringen kommt für Sie also nicht infrage?*

Nein. Ich möchte, dass wir uns mit den Themen hier auseinandersetzen, die für unsere Zukunft wichtig sind. Dass Kinder einen guten Schulabschluss kriegen, dass Schule auch stattfindet, dass die Lehrer nicht frustriert und allein gelassen sind, dass Frauen keine Angst haben müssen, abends durch eine Fußgängerzone zu gehen. Das höre ich ja allenthalben in vielen Städten, auch in kleineren. Und es geht darum, dass man den Kommunen mehr zutraut, dass sie nicht Angst haben müssen, nach der nächsten freiwilligen Gebietsreform gibt es doch eine Zwangsphase, weil die Regierung im-

mer noch nicht genug hat.

*Ihre Partei hat jahrzehntelang in Thüringen die Politik maßgeblich bestimmt. Ist die CDU in der Oppositionsrolle schlauer geworden?*

Ich sage immer wieder, der Perspektivwechsel hat uns geholfen. Wir sehen plötzlich im Handeln der anderen unser eigenes früheres Bild, als wir gelegentlich auch den Eindruck hinterließen, wir wissen alles besser und nur wir machen alles richtig – ja, das hat gegipfelt im Vorwurf der Arroganz der Macht. Heute sehe ich bei den anderen, was Arroganz der Macht bedeutet. Die Oppositionszeit hat uns auch Demut gelehrt.

*Kommt dies auch ein bisschen daraus, dass Sie ja jetzt vier Jahre Erfahrung haben mit einer AfD-Fraktion im Landtag? Was die tut, respektive nicht tut?*

Durchaus. Ich hoffe und gehe eigentlich davon aus, dass bei vielen Wählern Ernüchterung beim Blick auf die AfD eingetreten ist. Man sollte übrigens auch nicht vergessen: Ramelow hätte schon lange keine Mehrheit mehr im Landtag, wenn nicht der frühere Schatzmeister der AfD heute bei der SPD-Fraktion sitzen würde. Die AfD jedoch ist weder regierungswillig noch regierungsfähig.

*Was tun Sie, um die eingangs erwähnten 40 Prozent der Wähler an den politischen Rändern zurückzugewinnen?*

Ein entscheidender Punkt, und ich finde, da hat meine Partei auf Bundesebene anfangs Fehler gemacht. Sie hat zu vielen Leuten das Gefühl vermittelt, sie in die rechte Ecke zu stellen, obwohl sie eigentlich nur ihren Protest ausdrücken wollten. Es muss immer Ziel einer Volkspartei sein, den Bürgern ein Angebot zu machen und zu zeigen, wir haben verstanden, Eure Themen sind auch unsere Themen. Da sind zum Beispiel bei Pegida in Dresden ursprünglich Zehntausende mitgelaufen, die einfach nur als normale Bürger dieses Landes ihrer Sorge Ausdruck verleihen wollten. Und da haben viele das Gefühl gehabt, sie werden nicht mehr gehört und sie werden in eine Ecke gedrängt.

*Welche Wirkungen hätte denn, gesetzt den Fall es käme so, ein Absturz der CSU und eine Wahl-*

*niederlage der CDU in Hessen auf Ihren Wahlkampf?*

Ich spiele gedanklich immer alle Szenarien durch und deswegen setze ich auf den Sieg von Markus Söder und Volker Bouffier. Ich traue es auch beiden zu.

*In Thüringen brauchen Sie auch Optionen für Koalitionen oder die Zusammenarbeit mit anderen Parteien...*

Die CDU wird keinen Koalitionswahlkampf führen. Klar abgrenzen von links, klar abgrenzen von rechts und auf eine Koalitionsbildung in der breiten bürgerlichen Mitte setzen, das ist Strategie und Ziel.

*Jetzt wurden Gedankenspiele bekannt, wonach Rot-Rot-Grün im Amt bleiben könnte, auch wenn sie die Mehrheit verlieren. Dann nämlich, wenn auch keine andere Mehrheit zustande käme.*

Ich finde es verheerend, dass die Linke in Thüringen nun sogar mit dem Gedanken spielt, trotz der Landtagswahlen danach einfach weiterzuregieren. Ich habe als Schüler 1989 beim Neuen Forum für freie, gleiche geheime Wahlen demonstriert, aber nicht dafür, dass eine Regierung, die vom Volk gegebenenfalls abgewählt wird, sagt, wir bleiben einfach im Amt und suchen nicht nach tragfähigen Mehrheiten. Wenn man nach Arroganz der Macht sucht, findet man sie in diesem Anspruch. Ich glaube nicht, dass das mit Grünen und Sozialdemokraten besprochen ist.

*Die vergangenen Jahre und Monate zeigen, dass eine extreme Personalisierung in der Politik stattgefunden hat. Glauben Sie, dass das auch nach Deutschland überschwappen wird?*

Jedenfalls nicht in der ausgeprägten Form wie zuletzt etwa in Frankreich und Österreich. Unsere Parteiendemokratie fächert sich weiter auf, doch die aktiven Parteien sind in Deutschland keinem Verfallsprozess ausgesetzt, wie wir das in anderen europäischen Ländern sehen. Jedes Land tickt anders. Beispiele wie Emmanuel Macron oder Sebastian Kurz kann man, glaube ich, nicht auf Deutschland übertragen. In Thüringen setze ich darauf, dass wir die Wähler um ihr Vertrauen bitten, mit einer starken Mannschaft um den Spitzenkandidaten und mit enga-

gierten Leuten in den Wahlkreisen.

*... wobei der Begriff „die Mannschaft“ momentan etwas schlecht besetzt ist.*

Aber auch „die Mannschaft“ stellt sich nach der WM gerade neu auf. Wir sind schon eine Phase weiter, wir sind schon eine Weile in der Opposition. Die Analogie ist nicht ganz herstellbar, aber man sieht, es ging und geht darum, ein neues Team zu bilden.

*Sie sprachen von den Parteien in der breiten bürgerlichen Mitte. Gibt es da auch etwas neu aufzustellen?*

Wenn ich sage, klare Abgrenzung nach links, klare Abgrenzung nach rechts, heißt das zugleich: Dazwischen muss es die Fähigkeit und Bereitschaft zu einer vernünftigen Arbeit und Kompromissfähigkeit geben. In der Mitte muss sich eine Koalition finden, wie immer die auch aussieht. Die Möglichkeiten werden sich am Wahlabend zeigen. Es gibt ja nicht mehr die klassischen Lager, hinzu kommt eine Besonderheit in Thüringen durch Rot-Rot-Grün. Ich habe jedenfalls sehr positiv aufgenommen, was Wolfgang Tiefensee gesagt hat: Er führe einen eigenständigen SPD-Wahlkampf und keinen Koalitionswahlkampf mit Rot-Rot-Grün.

*Schwarz-Dunkelrot kommt für Sie auf gar keinen Fall in Frage?*

Das ist nicht unser Ziel. Ziel ist eine Regierung der bürgerlichen Mitte und nicht, mit den Parteien der Ränder eine Regierung zu bilden. Bei der AfD kommt noch hinzu, dass diese eine Rhetorik pflegt, die selbst die Nazi-Verbrechen noch vermindlicht. Das geht gar nicht und ist unerträglich. Wir waren mit unserer Fraktion anlässlich eines Besuchs in unserer Partnerregion Klempenow gerade in der Gedenkstätte Auschwitz, als Gauland diese Vogelschiss-Debatte geführt hat. Da steht man dann vor den Öfen des Krematoriums und soll den „Vogelschiss“ kommentieren. Da muss man nicht lange überlegen.

*Bleibt man bei Koalitions-Arithmetik: Rot-Rot-Grün ohne Mehrheit, die CDU ohne Mehrheit und keine Koalition mit der AfD – wäre eine CDU-Minderheitsregierung für Sie eine Option?*

Das ist eine absurde, von Bodo Ramelow Staatskanzleiminister angestoßene Debatte. Wahlen finden statt, damit Wähler über die Politik entscheiden können. Aber auch, damit es eine stabile Regierung gibt. Und schon ein Jahr vor der Wahl über eine Minderheitsregierung zu spekulieren und dann auch noch mit der Idee aufzuwarten, dass nicht der Stärkste eine Minderheitsregierung anführt, sondern der Zweit- oder Drittstärkste, das ist erhellend. Es zeigt, dass Ramelow und seinem Staatskanzleiminister Hoff die Wahl egal ist. Und dass sie einfach weitermachen wollen. Sie spielen mit dem Wahltermin über die Maßen hinaus, sie treten das Budgetrecht des Parlaments mit Füßen und wollen mit einem Haushalt für 2020 den alten Landtag über die Politik des neuen bestimmen lassen. Denn der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik. So etwas tut man einfach nicht. Jetzt tritt der Innenminister auf und sagt, wir wollen eine dritte Welle freiwilliger Gemeindefusionen machen und dafür brauchen wir einen späteren Wahltermin, damit wir das noch schnell durchpeitschen können. Mit der CDU gehen freiwillige Fusionen auch in der zukünftigen Wahlperiode, denn wir sind von der Freiwilligkeit überzeugt, während sie Rot-Rot-Grün abgetrotzt werden musste. Dafür muss man nicht Gesetze und Recht beugen, sondern man kann das in Ruhe und Sorgsamkeit machen. Wir sehen es plötzlich bei der Verwaltungsreform, wo schnell noch zwei neue Großbehörden installiert werden sollen. Und man sieht, wie die Haushaltsrücklagen leer geräumt werden sollen. Diese Koalition wird am Ende der Wahlperiode 1,32 Milliarden Euro aus den Rücklagen entnommen und verbraucht haben, anstatt Vorsorge zu treffen. Das alles finde ich verheerend.

*Interview: Walter Hörmann, Jens Wenzel, Holger Schalling / Foto: ari*